

22.06.2020

Aktuelle Stunde

der Fraktion der SPD

Von der Nicht-Information zur Fehlinformation: Ist Landesverkehrsminister Hendrik Wüst seiner Aufgabe mit Blick auf die Vorgänge um den Neubau der Leverkusener Rheinbrücke noch gewachsen?

Nach aktueller Berichterstattung des WDR-Magazins Westpol vom 21. Juni 2020 ist die Frage einer Kündigung der vertraglichen Beziehungen mit dem Generalunternehmer Porr AG bereits im Dezember 2018 aufgeworfen worden. Dies ist aus einem Schriftverkehr des Landesverkehrsministeriums ersichtlich, der dem WDR vorliegt. Straßen.NRW hat nach Informationen des WDR-Magazins bestätigt, dass bereits am 6. Dezember 2018 ein leitender Mitarbeiter des Verkehrsministeriums an den Staatssekretär geschrieben hat, dass der Landesbetrieb Straßen.NRW "mit seinen Möglichkeiten, auf die Firma Porr Einfluss zu nehmen, am Ende" sei. Zur Klärung solle der Vorstand der Baufirma einbestellt werden. Dies sei die "letzte Eskalationsstufe" vor dem "Ende mit Schrecken", also einer "Kündigung plus neuer Ausschreibung", zitiert Westpol das interne Schreiben.

Damit erweisen sich die bisherigen Aussagen von Landesverkehrsminister Wüst als unzutreffend, wonach erstmals im Februar 2019 über das Szenario einer Kündigung der Verträge mit dem Generalunternehmer Porr AG diskutiert worden sei (siehe Bericht der Landesregierung an den Verkehrsausschuss des Landtages vom 10. Mai 2020, Vorlage 17/3340, S. 7).

Nach jetzigem Kenntnisstand sind somit von Dezember 2018 bis April 2020 fast eineinhalb Jahre verstrichen, ohne dass der Minister gehandelt hat. Die nunmehr entstandene Bauverzögerung und Kostensteigerung des Projekts hätte bei einem beherzten Eingreifen des Ministers verhindert oder zumindest deutlich minimiert werden können. Der Schaden für das Land und die betroffenen Anwohner, aber vor allem auch für die Berufspendler und die Wirtschaft, ist aufgrund der Untätigkeit von Landesverkehrsminister Wüst immens. So wird davon gesprochen, dass der erste Teil der neuen Brücke nicht nur mindestens drei Jahre später als geplant fertig wird. Es werden auch deutlich höhere Kosten verursacht: Statt von 363 Millionen geht die Landesregierung nun von bis zu 573 Millionen Euro aus.

Insofern stellen sich aufgrund der Berichterstattung vom vergangenen Wochenende viele zusätzliche neue Fragen zu diesen Vorgängen, die aufgrund der katastrophalen Informationspolitik des Verkehrsministeriums im Rahmen einer aktuellen Stunde des Parlaments diskutiert werden müssen. So etwa insbesondere die Frage, was haben Minister Wüst und Staatssekretär Dr. Schulte nach Eingang des internen „Brandbriefes“ eines leitenden Mitarbeiters konkret getan?

Aufgrund der überragenden Bedeutung des Projektes für die Verkehrsinfrastruktur des Rheinlandes, aber auch für ganz Nordrhein-Westfalen sowie einer offenkundig seit Monaten völlig unzureichenden und nunmehr erkennbar auch falschen Informationspolitik der Landesregierung, muss der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über die bisherige und zukünftige Entwicklung des Projektes sowie die Rolle des Landesverkehrsministers diskutieren.

Zur verkehrspolitischen Bedeutung der Rheinbrücke im Verlauf der Bundesautobahn 1 in Leverkusen und zum weiteren Hintergrund ist anzumerken, dass die Brücke ein sehr bedeutender Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur Nordrhein-Westfalens ist. Die Verkehrsbelastung liegt im Normalfall bei mehr als 111.000 Fahrzeugen pro Tag. Die neue Brücke soll von ca. 140.000 Fahrzeugen täglich befahren werden, davon 18.500 LKWs.

Die Brücke ist seit geraumer Zeit »abgelastet«, d.h. für Fahrzeuge ab einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen gesperrt und mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung versehen. Damit ergibt sich eine ganz erhebliche Leistungsbeeinträchtigung dieser wichtigen Rheinquerung. Verbunden damit ist eine erhebliche Stauneigung im Nahbereich der Brücke auf beiden Rheinseiten, aber auch für die gesamte Region mit der Stadt Leverkusen, der Millionen-Metropole Köln und den weiteren angrenzenden Städten und Gemeinden. Es entstehen ergänzend erhebliche Umfahrvorgänge, insbesondere was schwere Lastkraftwagen angeht.

Nach Recherchen des WDR-Magazins Westpol vom 26. April 2020 deutete sich an, dass das NRW-Verkehrsministerium schon länger über die Probleme mit dem Generalunternehmer Porr AG Bescheid wusste. Nach Westpol-Informationen hat Straßen.NRW den Minister persönlich schon vor über einem Jahr auf die Probleme hingewiesen. Man hat schon damals empfohlen die Verträge mit Porr zu kündigen. Der Landtag muss sich daher im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den neuesten Erkenntnissen zum Neubau der Leverkusener Brücke befassen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp

und Fraktion